

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Gruene, SPD und Fraktion zum Ergebnishaushalt 2021																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan/Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR	Bemerkungen	Anmerkungen	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
Allgemeines: Tübinger Liste: Vorbemerkung zu beiden Steuererhöhungen: Mittelfristig steuere der Haushalt der Stadt bereits vor Ausbruch der Corona-Seuche durch das überproportionale Anwachsen der Personalausgaben und der Abschreibungen auf ein Unterschneiden der Einnahmekurve durch die Ausgabenlinie. Das war bereits in der Zeit vor Corona absehbar und hätte eines Eingreifens bedurft. An dieses strukturelle Problem müssen wir als Stadt in einer entsprechend strukturellen Form herangehen und dabei vor Überlegungen zu Steuererhöhungen zunächst die Leistungsstandards überprüfen. Zudem wachsen in den letzten Jahren nach unseren Beobachtungen die Stabsfunktionen schneller als die operativen Einheiten, was bei allen Organisationen in denen das passiert, von Zeit zu Zeit ein deutliches Gegensteuern gegen einen solchen Überwuchs des Overhead erforderlich macht. Die Corona-Situation in den beiden HH-Jahren 2020 und 2021 lässt es aktuell schwierig erscheinen, mit einer solchen strukturellen Anpassung bereits in diesem Jahr zu beginnen. Sie ist damit als Aufgabe an die HH-Jahre 2022 ff. gestellt und die Verwaltung sollte dabei den Gemeinderat in die Mitverantwortung nehmen. Ohne die Belastungen der Einnahmesituation 2020 und 2021 durch Corona wäre 2021 mit hoher Wahrscheinlichkeit ein ausgeglichener Haushalt möglich gewesen. Die heftigen, aber zeitlich begrenzten Auswirkungen der Corona-Seuche sollten nicht durch dauerhafte Steuerbelastungen der Bürger_innen ausgeglichen werden. Ihre entsprechend einmalige Ausbuchung gegen das Basiskapital ist die betriebs- und volkswirtschaftlich einzig sinnvolle Art des Umgangs mit solchen kurzfristigen Krisen. CDU: Die CDU-Fraktion sieht bei der Haushaltserstellung die Notwendigkeit, einen möglichst ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Darüber hinaus sehen wir aber vor allem die Notwendigkeit, einen Haushalt zu gestalten, welcher der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Situation der Bevölkerung angemessen ist. Diese ist aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage im Zuge der Corona-Pandemie durch eine höhere Belastung von Familien und durch eine existenzbedrohende Situation vieler Gewerbetreibender gekennzeichnet. Daher halten wir zum jetzigen Zeitpunkt eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer für nicht tragbar. FDP: Einen Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt zu erreichen, ist in Zeiten der Pandemie mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, weil entsprechende Maßnahmen vielfach die Gefahr mit sich bringen, negative gesellschaftliche Auswirkungen der Pandemie noch weiter zu verstärken. Dies könnte zum Beispiel bei Kürzungen bei den Zuweisungen an die verschiedensten Institutionen, Verbände und Initiativen im Bereich von Kunst und Kultur oder in den Bereichen der Jugendarbeit, des Sozialen und der Gesundheit der Fall sein. Bei den Personal- und den Sachausgaben der Stadt sollten dagegen in begrenztem Umfang über die Ansätze für das Kostendämpfungsprogramm und den globalen Minderaufwand hinausgehende Einsparungen möglich sein; dafür spricht auch die Abwicklung des Haushaltsjahrs 2020, in dem Einnahmeverbesserungen aus laufender Verwaltungstätigkeit um 10 Mio. und Weniger-Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 15 Mio. zu verzeichnen waren (Präsentation der Verwaltung zur Einbringung des Haushalts). Vor diesem Hintergrund erscheint es vertretbar, das Kostendämpfungsprogramm um einen Wert von 1 Prozent der Personalausgaben (900.000 Euro) zu erhöhen. Erhöhung KDP und Reduzierung Personalkosten zusammen reichen aber bei weitem nicht aus, einen Haushaltsausgleich zu gewährleisten. Dies sieht allerdings auch die Verwaltung nicht vor: schon der Haushaltsentwurf selbst war nicht ausgeglichen, mit der Nachschiebeliste (Vorlage 807/2020) verschlechtert sich das Ergebnis nochmals um 1,273 Mio. Euro, ohne dass irgendwelche Anstrengungen zu erkennen wären, hierfür einen Ausgleich zu schaffen. Es stellt sich damit die Frage, ob es eine eindeutige Grenze zulässiger Fehlbeträge im Ergebnishaushalt gerade in der Sondersituation der Pandemie überhaupt gibt und ob es nicht vernünftiger ist – ökonomisch und sozial –, Fehlbeträge in Sondersituationen hinzunehmen anstatt die ökonomische und soziale Entwicklung durch Steuererhöhungen bei der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusätzlich zu gefährden.																
1	115		Gesamt- ergebnis- haushalt	12	-90.263.705			+1.800.000 +455.000	+195.000	-4.200.000		+900.000 +400.000		Tübinger Liste: +1.800.000 Euro. Weitere Steigerung des Kostendämpfungsprogramms um 2%. In der privaten Wirtschaft mussten 2020 und müssen 2021 deutlich höhere Opfer gebracht werden. Dann sollte das 2021 im Sinne eines "Sonderopfers aller für alle" auch innerhalb der Verwaltung und umgekehrt, hinsichtlich der Erwartungen und Ansprüche der Bürger_innen an die städtischen Leistungen auch möglich sein. Wir halten es für falsch, wie im Haushaltsentwurf vorgeschlagen, statt dessen überwiegend die ohnehin hoch belasteten Mieter_innen jetzt und dauerhaft noch stärker zu belasten. +455.000 Euro. Pauschale Kürzung -7,0 AK außerhalb des Bereichs Kinderbetreuung. Auswahl durch Verwaltung (Vorschlag Tübinger Liste: -1,0 AK Umwelt- und Klimaschutz. Die Stellenschaffung kann ersetzt werden durch die Vermittlung und Steuerung der bezuschussten und daher kostenlosen Beratung über die Agentur für Klimaschutz/ Verbraucherzentrale. Breitere Kompetenz, da eine größere Anzahl der Berater. Die direkte Tätigkeit der Berater im Rathaus ist denkbar und erwünscht. -0,5 AK Projektleitung CTC (communities that care). Stellungnahme im KuBis bereits erfolgt. CDU: Änderung des Stellenplanes zum Haushaltsjahr 2021. Der Stellenaufwuchs ist in Anbetracht der knappen Haushaltskassen zu hoch. Daher beantragt die CDU-Fraktion, dass die Verwaltung einen Vorschlag vorlegt, um die Zahl des Stellenaufwuchs von 20,97 um 3 Stellen zu reduzieren. Linke: -4.200.000 Euro. Kein Kostendämpfungsprogramm. Keine Einsparungen auf dem Rücken der Beschäftigten, die schon am Limit arbeiten. Insbesondere bei Kita-Einrichtungen ist der "Effizienzbegriff" falsch. Sinnvoll wäre vielmehr eine Personalbedarfsanalyse in überlasteten Bereichen. FDP: +900.000 Euro. Erhöhung der Ansätze des Kostendämpfungsprogramms. Bei den Personal- und den Sachausgaben der Stadt sollten in begrenztem Umfang über die Ansätze für das Kostendämpfungsprogramm und den globalen Minderaufwand hinausgehende Einsparungen möglich sein; dafür spricht auch die Abwicklung des Haushaltsjahrs 2020, in dem Einnahmeverbesserungen aus laufender Verwaltungstätigkeit um 10 Mio. Euro und Weniger-Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 15 Mio. Euro zu verzeichnen waren (Präsentation der Verwaltung zur Einbringung des Haushalts). Vor diesem Hintergrund erscheint es vertretbar, das Kostendämpfungsprogramm um einen Wert von 1 % der Personalausgaben (900.000 Euro) zu erhöhen. +400.000 Euro. Reduzierung der Personalkostenansätze. Es sollte vertretbar sein, den Aufwuchs weiterer Stellen so zu beschränken, dass die angemeldeten Stellen im Bereich der Kinder- und Schulkinderbetreuung bewilligt werden, dass aber der Stellenzuwachs in allen anderen Verwaltungsbereichen pauschal auf die Hälfte der Anmeldungen beschränkt wird (40 Neustellen insgesamt, davon 14 im Bereich Betreuung, vom Rest die Hälfte = 13 Stellen, halbjährige Besetzung mit 60.000 Euro pro Jahr = 400.000 Euro). Hinweis der Verwaltung: Das KDP über die vorgeschlagenen Beträge hinaus zu steigern, würde zu Leistungseinschränkungen der Bürger_innen führen. Zudem führt dies zu verwaltungsinternen Stellenbesetzungssperren. Tübinger Liste und CDU: Hilfsweise wurde mit Kosten von 65.000 Euro pro Stelle gerechnet. Linke: Der Betrag des Kostendämpfungsprogramms beläuft sich auf 4.500.000 Euro.	--> obsolet	
2	139	12	1120	12	-1.418.245	-7.700								AL/Grüne: -7.700 Euro. Ein weiterer, zusätzlicher Azubi DHBW Student, Fachinformatiker, siehe Stellenplan Vorlage 801/2020.	--> mehrheitliche Zustimmung	-7.700

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Gruene, SPD und Fraktion zum Ergebnishaushalt 2021																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR	Bemerkungen	Anmerkungen	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
3	139	12	1120	14	-2.443.310						-30.000 -20.000			Fraktion: -30.000 Euro. Aufwendungen für flächendeckendes, kostenloses W-Lan im Innenstadgebiet Tübingen. Der Zugang zum Internet ist elementarer Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe, der nicht am Geld scheitern darf. -20.000 Euro. Gutachten Open Source Software in der Verwaltung. Open-source Software spart gegenüber proprietärer Software Geld für Lizenzgebühren und gilt im Allgemeinen als sicherer. Ein Gutachten sollte prüfen in welchem Umfang derzeit Geld für Lizenzen ausgegeben wird, welche Programme durch freie Software ersetzt werden können und wie viel Geld das auf lange Sicht sparen könnte.	W-Lan Antrag wird unterstützt, Arbeitsauftrag an Verwaltung Lösung zu erarbeiten, --> mehrheitliche Zustimmung, Sperrvermerk, Aufhebung im VA 30.000 Euro Antrag open source für 20.000 Euro --> mehrheitliche Zustimmung, Aufhebung Sperrvermerk im VA 20.000 Euro	-50.000
4	142	13	1121	14	-396.295					+51.000				Linke: Streichen der Haushaltsmittel von 51.000 Euro zur Umsetzung der "KDP" Maßnahmen. Wie Abläufe verbessert werden, wissen die Beschäftigten vor Ort am besten. Deshalb eine Personalbedarfsanalyse in belasteten Bereichen - siehe Brief der Personalvertretung vom 28.1.2021 zu den Haushaltsberatungen 2021, Stellenplan. Hinweis der Verwaltung: Die Mittel sind für die Umsetzung des KDP notwendig.	--> obsolet	-
5	147	22	1132	10	150.000	+50.000								AL/Grüne: +50.000 Euro. Zinsen für Gewerbesteuer (Nachzahlungen) - Mehreinnahmen. Hinweis der Verwaltung: Nachzahlungszinsen nach Rechnungsergebnis: 2020 621.591 Euro 2019 249.960 Euro 2018 633.544 Euro 2017 179.266 Euro 2016 282.968 Euro 2015 273.423 Euro 2014 174.808 Euro	Unter Berücksichtigung der Vorjahresergebnisse Erhöhung auf Ansatz der Aufwendungen	204.200
6	147	22	1132	18	-354.200	+145.200								AL/Grüne: +145.200 Euro. Zinsen für Gewerbesteuererstattungen - wir erwarten weniger Ausgaben. Hinweis der Verwaltung: Erstattungszinsen nach Rechnungsergebnis 2020 402.330 Euro 2019 391.615 Euro 2018 319.903 Euro 2017 360.010 Euro 2016 288.148 Euro 2015 159.371 Euro 2014 125.390 Euro	Antrag wird zurück gezogen, vgl. Zeile 5	-
7	151	10	1110	12	-1.269.315						-20.000			Fraktion: -20.000 Euro. Einrichtung eines Hegelausschusses. Neben dem Verwaltungsausschuss, Klimausschuss, Planungsausschuss und dem Kubis wird noch ein "Ausschuss zur praktischen Ausgestaltung der Philosophie Hegels in der Tübinger Stadtgesellschaft" eingerichtet. Dadurch würde Tübingens Politik noch klüger werden. Wir stellen die Sitzungsgelder hiermit ein. Alternativ wäre auch ein Foucault-Ausschuss denkbar.	--> mehrheitliche Ablehnung	-
8	152	10	1111	14	0	-10.000								AL/Grüne: -10.000 Euro. Erwerb von Endgeräten für die Ortschaftsräte. Hinweis der Verwaltung: Für 76 Geräte werden circa 30.000 Euro benötigt	Antrag der Zeile 8 und der Zeile 10 verfolgt jeweils das gleiche Ziel, nämlich die Ortschaftsverwaltungen mit entsprechenden Geräten auszustatten. --> Weiterbearbeitung bei Zeile 10	-
9	153	10	1114-10	6	61.920						+10.000.000			Fraktion: +10.000.000 Euro. Werbemaßnahme: Umbenennung von "Universitätsstadt" zu "CureVac-Stadt".	Antrag wird zurück gezogen	-
10	153	10	1114-10	14	-228.350		-10.000							SPD: Grundausstattung der Verwaltungsstellen in den Teilorten sowie Derendingen und Lustnau mit je einem Laptop und - so nicht vorhanden - einem Beamer. Hinweis der Verwaltung: Zu diesem Zweck kann auch das Ortschaftsbudget verwendet werden.	Antrag der Zeile 8 und der Zeile 10 verfolgt jeweils das gleiche Ziel, nämlich die Ortschaftsverwaltungen mit entsprechenden Geräten auszustatten --> mehrheitliche Zustimmung --> damit werden 10.000 Euro für diesen Zweck eingestellt. Darüber hinausgehende Mittel aus dem Ortschaftsbudget	-10.000
11	162	10	1210	14	-656.080					+26.500				Linke: +26.500 Euro. Streichen der Kosten für die Weiterentwicklung der Bürger App. Kein demokratisches, nachvollziehbares Instrument.	--> mehrheitliche Ablehnung	-
12	162	10	1210	18	-234.720	-10.000	-10.000					-10.000		AL/Grüne: -10.000 Euro. Informationsveranstaltungen vor Bürgerentscheid Regionalstadtbahn SPD: -10.000 Euro. Informationsveranstaltungen der Stadtverwaltung im Vorfeld des Bürgerentscheids zur Regionalstadtbahn zu strittigen Themen (z.B. Mühlstrasse, Neckarbrücke, Bauablauf, ergänzendes Bussystem) und neuen Fakten (geänderte Streckenführung Finanzierungsvereinbarung, NKI) FDP: -10.000 Euro. Vorbereitung auf den Bürgerentscheid zur Regionalstadtbahn.	--> mehrheitliche Zustimmung	-10.000
13	166	001	1130	6	0						+10.000.000			Fraktion: +10.000.000 Euro. Einblendung von Werbetreibenden in Livestreams von Sitzungen. Hauptsponsor erhält den Pausenbildschirm im Live-Stream.	Antrag wird zurück gezogen	-
14	166	001	1130	14	-84.710						-10.000			Fraktion: -10.000 Euro. Schaffung eines Stipendiums für eine/n "Stadtinfluencer_in" analog zur Stadtschreiberin. Ziel ist besseres digitales Stadtmarketing.	Ablehnung	-

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Gruene, SPD und Fraktion zum Ergebnishaushalt 2021																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan/Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR	Bemerkungen	Anmerkungen	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
15	172	002	1114-002	12	-347.337	-45.000								AL/Grüne: Einrichtung einer 50% Stelle für eine:n Queerbeauftragte:n. Hinweis der Verwaltung: Die Verwaltung hält die Ansiedlung der Aufgabe nur bei der Stabsstelle "Gleichstellung und Integration" für sinnvoll.	Stellenschaffung mit Sperrvermerk, ggf. Aufhebung nach Vorstellung eines möglichen Konzepts durch Stabsstelle im VA	-45.000
16	172	002	1114-002	14	-323.260	-40.000					-10.000 -10.000			AL/Grüne: -40.000 Euro. Projektmittel für Honorarkräfte bei der Stabsstelle Gleichstellung und Integration für die wissenschaftliche Begleitung und Umsetzung der EU-Charta. Fraktion: -10.000 Euro. Aufwendungen für kostenlose Tampons und Binden auf allen städtischen öffentlichen Toiletten - In Deutschland werden Menschen mit Regelblutungen systematisch benachteiligt, da sie die Kosten der Hygieneartikel für Menstruation selbst tragen müssen. Daneben gibt es noch finanzielle Belastungen durch regelbedingte Krankheitstage und Medikamente gegen Schmerzen. Das schottische Parlament hat beschlossen, allen Frauen Hygieneprodukte wie Tampons und Binden kostenlos zur Verfügung zu stellen. Deshalb sind wir der Meinung, auf die körperliche und psychosoziale Belastung sollte nicht auch noch eine finanzielle gelegt werden. -10.000 Euro. Aufwendungen für kostenlose Kleinpackungen von Kondomen und Lecktüchern in Tübinger Kneipen, Bars und geeigneten öffentlichen Einrichtungen - Das Recht auf freie Entscheidung für oder gegen die Gründung und Planung einer Familie sowie das Recht zu entscheiden, ob, wie und wann Kinder geboren werden sollen, ist ein wesentliches Menschenrecht. Mehr und mehr Menschen weichen auf unsichere Methoden aus oder verhüten gar nicht, weil das Geld nicht reicht. Daher soll die Stadt kleine Packungen Kondome ggf. mit Werbung für umweltschützende Programme wie "Tübingen macht blau" oder Nachtruhe mit Sprüchen wie "Schreien könnt ihr Zuhause", in Kneipen und Bars sowie geeigneten öffentlichen Einrichtungen wie das Bürgeramt auslegen.	--> mehrheitliche Zustimmung für Menstruationshilfe 10.000 Euro Kondome keine Unterstützung EU-Charta 40.000 Euro: Vorlage 112/2021 benennt einen Betrag von 20.000 Euro; --> mehrheitliche Zustimmung 20.000 Euro mit Sperrvermerk, Aufhebung im VA	-30.000
17	172	002	1114-002	17	-542.570				+12.800					CDU: +12.800 Euro. Al Kalema Bildungsinitiative Tübingen. Streichung des Regelzuschusses, da Organisationsstruktur des Antragstellers unklar. Hinweis der Verwaltung: Vgl. Beschlussvorlage 60/2020 zur Fortschreibung des Integrationskonzepts im Handlungsfeld Bildungs- und Sprachförderung: Förderung der Bildungsinitiative Al Kalema (Arabische Schule) wurde als Schlüsselmaßnahme definiert.	Unterstützung zur Streichung nicht vorhanden	-
18	174	003	5610-003	12	-445.129				+28.000					CDU: +28.000 Euro. Personalaufwendungen; Energiesparberatungen. Die CDU-Fraktion beantragt die Streichung der Stellenaufstockung, da es bereits ein ähnliches Angebot gibt, das bei der "Agentur für Klimaschutz Kreis Tübingen gemeinnützige GmbH" angesiedelt ist und in Zeiten einer angespannten Haushaltslage Ausgaben eingespart werden müssen. Tübinger Liste: -1,0 AK Umwelt- und Klimaschutz. Die Stellenschaffung kann ersetzt werden durch die Vermittlung und Steuerung der bezuschussten und daher kostenlosen Beratung über die Agentur für Klimaschutz/ Verbraucherzentrale. Hinweis der Verwaltung: Verweis auf Vorlage 558a/2020.	--> obsolet	-
19	174	003	5610-003	14	-258.900	+200.000								AL/Grüne: +200.000 Euro. Streichen Studie Klimaschutzprogramm	Ablehnung, d.h. die 200.000 Euro bleiben drin	-
20	174	003	5610-003	17	-78.510	-20.000 -4.500	-5.000 -20.000		-21.490	-10.300	-5.540			AL/Grüne: -20.000 Euro. Artenvielfalt, Förderung Programm, dauerhaft fortschreiben. -4.500 Euro. Umweltzentrum, Beantragte Mehraufwendungen bezuschussen. SPD: -5.000 Euro. Umweltzentrum Tübingen e.V., Erhöhung des Regelzuschuss. -20.000 Euro. Aus Deckungsreserve Klimaschutz 20.000 Euro für Projekte zur Förderung der Biodiversität (Höchstauszahlung pro Projekt 5.000 Euro). CDU: -21.490 Euro. Umweltschutz beginnt im Kleinen, daher sollen Maßnahmen für Umweltschutz und Biodiversität gefördert werden, welche möglichst viele Bürgerinnen und Bürger ohne großen finanziellen Aufwand anwenden können. Daher sollen die Mittel des Programms Biodiversität um die nebenstehende Summe erhöht werden. Linke: Siehe Vorlage 555c/2021 interfraktioneller Antrag (Tübinger Liste und Linke) zur Förderung von Lastenfahrrädern und Fahrradanhängern. Die Vorlage wurde in die Haushaltsverhandlungen verwiesen. Fraktion: -5.540 Euro. Umweltzentrum Tübingen e.V., Erhöhung der Regelförderung Hinweis der Verwaltung: Linke: Es handelt sich um Vorlage 555c/2020; Kostenschätzung circa 2.700.000 Euro / Jahr SPD: siehe Zeile 24.	Antrag für Umweltzentrum (Verstetigung des Regelzuschusses 5.000 Euro)--> mehrheitliche Zustimmung Antrag auf Erhöhung der Beträge für Artenvielfalt (20.000 Euro); --> Zustimmung Lastenfahrräder verschoben auf den 2. Verhandlungstag hierzu soll auch der Antrag der Fraktion zur Gründung eines Betriebs gehören, siehe Zeile 42, der Anlage 2 Investitionsprogramm Der Betrag von 2,7 Mio. Euro kommt dadurch zustande, weil - wir im hügeligen Tübingen E-Lastenräder benötigen - und die Räder laut Antrag 555c für KBC-Inhaber*innen kostenlos sein sollen --> was eine hohe Nachfrage generieren wird. - deshalb wurde hier mit 400 E-Lastenrädern gerechnet. --> Antrag wird zurück gezogen	-25.000

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Gruene, SPD und Fraktion zum Ergebnishaushalt 2021																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan/Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR	Bemerkungen	Anmerkungen	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
21	193	THH2	5710-2	17	-1.370.710	-100.000				+195.000 +125.000 +12.000	-15.000			<p>AL/Grüne: -100.000 Euro. Zuschüsse (20.000 Euro), die bisher die WIT bezahlt hat für das Gönn Dir! Programm, aus lfd. WIT Budget. Als Entlastung des WIT Budget, 20.000 Euro ersetzt aus dem städtischen Haushalt. Zusätzlich 80.000 Euro als Marshall-Plan Wiederbelebung Wirtschaft nach Corona (z.B. für ÖPNV Erstattung bei Creative Ereignissen).</p> <p>Linke: Streichen der Mietzuschüsse Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH. Der Vertrag mit der L-Bank ist nach 15 Jahren 2018 ausgelaufen. Die L-Bank übernimmt selbst das Vermietungsrisiko im TTR. Bisher kein einleuchtender Grund, weshalb eine weitere städtische Finanzierung notwendig ist. Streichen des Zuschusses an Bio-Regio-Stern Management GmbH.</p> <p>Begründung: Bürokratieabbau! Deshalb zum nächstmöglichen Zeitpunkt kündigen.</p> <p>Streichen des Zuschuss an Standortagentur TÜ-RT-Neckar-Alb GmbH. Vertrag zum nächstmöglichen Zeitpunkt kündigen</p> <p>Fraktion: Stadtmaskottchen fördern den Tourismus und tragen zur Identifikation der Bürger*innen mit der Stadt bei.</p> <p>Das Tübinger Maskottchen sollte etwas mit der Stadt zu tun haben. Vorschläge: ein Neckar-Monster, ein sprechendes Fahrrad, ein Stocherkahn, eine Maultasche mit Augen. Gerne auch als öffentlicher Wettbewerb an dem sich Kinder beteiligen können.</p> <p>Hinweis der Verwaltung:</p> <p>Linke: Haushaltsansätze lt. Entwurf 2021 + Kündigungsbedingungen:</p> <p>-195.000 Euro. Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH</p> <p>-125.000 Euro. Bio-Regio-Stern Management GmbH. Gemäß § 14 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages zahlen die Gesellschafter jährlich einen Gesamtbetrag im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile in die Kapitalrücklagen der Gesellschaft ein. Die Universitätsstadt Tübingen ist mit einem Anteil von 16,66 Prozent an der Gesellschaft beteiligt (jährliche Zuwendung: 125.000 Euro) Die Höhe der Zuwendung wurde mit der Vorlage 230/2018 beschlossen und bleibt bis zum Jahr 2022 unverändert. Der Zuwendungsbescheid kann widerrufen und die Förderung ganz oder teilweise eingestellt werden, wenn die für diese Zuwendung benötigten Haushaltsmittel nicht bereit gestellt werden (Ziffer 1, Absatz 9 des Zuwendungsbescheids).</p> <p>-12.000 Euro. Standortagentur TÜ-RT-Neckar-Alb GmbH. Nach § 25 des Gesellschaftsvertrags Kündigungsfrist 12 Monate zum Geschäftsjahresende. Die Kündigung ist daher frühestens zum 31.12.2022 möglich und muss zwingend bis 31.12.2021 erklärt werden.</p>	<p>mehrheitliche Zustimmung für 100.000 Euro mit Sperrvermerk, Aufhebung im VA</p> <p>Streichung der Mietzuschüsse --> Ablehnung</p> <p>Stadtmaskottchen --> Ablehnung</p>	-100.000
22	195	THH2	6110	1	130.426.680			-3.100.000	-3.000.000	-3.000.000		-3.100.000		<p>Tübinger Liste: -3.100.000 Euro. Keine Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B. Die Grunderhöhung trifft betragsmäßig vor allen die Mieter_innen. Auch die Wirtschaft ist in schwierigen Zeiten zusätzlich belastet. Der zentrale Einwand aber ist: Bei allen Tübinger Mieter_innen wird die Erhöhung der Grundsteuer in den Nebenkosten aufschlagen. Und das addiert sich auf das in Tübingen bundesweit rekordverdächtig hohen Mietniveau noch oben drauf. Die Grunderhöhung konterkariert damit alle Anstrengungen, die Verwaltung und Gemeinderat zur Dämpfung des Mietniveaus unternommen haben. Dies ist auch nicht mit dem leider bereits gehörten Satz abzutun: "Dafür bietet die Stadt auch besonders viel". Siehe dazu oben die Vorbemerkungen zu den Steuererhöhungen.</p> <p>CDU: Keine Erhöhung des Grundsteuersatzes B von 560 v.H. auf 660 v.H. Bereits jetzt liegt der Tübinger Hebesatz für die Grundsteuer B landesweit im sehr hohen Bereich. Eine weitere Erhöhung stellt eine aus unserer Sicht nicht vertretbare Mehrbelastung, nicht nur für Grundstückseigentümer, sondern vor allem für Mieter dar. Bereits jetzt ist Wohnraum in Tübingen für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht finanzierbar. Diese Situation darf sich nicht noch verschärfen!</p> <p>Linke: Keine Grunderhöhung von 560 v.H. auf 660 v.H. Die Grundsteuer belastet nicht Reiche und Superreiche, sondern treibt die Mieten in der Stadt noch weiter in die Höhe, weil diese Steuer 1:1 an den Mieter weitergegeben wird. Das belastet ganz besonders Niedrigverdienende mit Kindern sowie kleine Gewerbetreibende. Die Wohnkosten in Tübingen müssen gesenkt und gedeckelt werden.</p> <p>Wir beantragen eine Resolution des Gemeinderats an die Bundesregierung mit dem Ziel, dass das Eigentum an Grund und Boden im Rahmen einer gesetzlichen Besteuerung von Vermögenswerten angerechnet wird und nicht mehr den Mieter_innen weitergegeben werden darf.</p> <p>FDP: -3.100.000 Euro. Verzicht auf die Erhöhung des Grunderhebesatzes. Die eingeplante Grunderhöhung auf einen dann in Baden-Württemberg einzigartigen Wert würde bei etwa der Hälfte des Tübinger Wohnungsbestands auf die Mieter umgelegt. Dies wäre eine Belastung, die sicher nicht für jeden Mieterhaushalt, aber doch für einen erheblichen Teil schwer zu tragen wäre. Und die andere Hälfte, die im Eigentum wohnt, hat dieses Eigentum in aller Regel durch einen sich über Jahrzehnte erstreckenden Anspargang erworben. Modellrechnungen über die Wertentwicklung von Immobilieneigentum werden der konkreten Situation der Eigentümer von Doppelhaushälften, Reihenhäusern oder Eigentumswohnungen vielfach nicht gerecht.</p>	--> obsolet	-

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Gruene, SPD und Fraktion zum Ergebnishaushalt 2021																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan/Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR	Bemerkungen	Anmerkungen	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
23	195	THH2	6110	1	130.426.860		+1.000.000	-1.100.000	-1.000.000		+0	-1.100.000		<p>SPD: +1.000.000 Euro. Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer auf 400%, damit Sicherstellung der Finanzierung der Tarifreform und Angebotsverbesserung beim TüBus unabhängig von der Gewährung von Zuschüssen.</p> <p>Tübinger Liste: -1.100.000 Euro. Keine Erhöhung der Gewerbesteuer. Die Erhöhung der Gewerbesteuer erbringt eine vergleichsweise geringe zusätzliche Einnahme. Sie trifft die Betriebe in zum Teil existentiell schwierigen Zeiten und würde für kleinere, eigentümergeführte Betriebe zu echten Mehrbelastungen führen, da die Anrechnung auf die Einkommensteuer nicht mehr greift. Ein weiteres, wahrscheinlich ähnlich schwerwiegendes Argument: Wenn sich auch nur ein größeres, aktuell oder -noch wichtiger- zukünftig zur Gewerbesteuer verpflichtetes Unternehmen entschließt, die Betriebsstätte "technisch" wegen der im Vergleich zu den allermeisten Kommunen hohen Hebesätze aus Tübingen herauszuverlegen (was ein sehr gebräuchliches Mittel zum Gewerbesteuer-Shopping ist), dann verliert Tübingen aktuell oder prospektiv leicht ein Vielfaches der heute anvisierten Zusatzeinnahmen.</p> <p>CDU: Keine Erhöhung des Gewerbesteuersatzes von 380 v.H. auf 390 v.H. Die aktuell sehr angespannte wirtschaftliche Lage belastet die Gewerbetreibenden in einem besonderen Ausmaß, sodass die Erhöhung der Gewerbesteuer nicht gerechtfertigt ist. Wir fürchten, dass sich eine derart hohe Gewerbesteuer bei der Zukunftsplanung vieler Betriebe zu Ungunsten von Tübingen auswirken kann.</p> <p>Fraktion: Gewerbesteuer von 380% auf 389,99% erhöhen = ein Deckungsvorschlag. Die Stadt Tübingen ist nach wie vor darauf angewiesen, dass sich alle in der Stadt angemessen nach ihrer finanziellen Leistungskraft an der Finanzierung der städtischen Aufgaben beteiligen. Die Aufgaben der Stadt wachsen. Die Situation der Produktions- und Gewerbebetriebe ist stabil. Im Vergleich der Großstädte liegt Tübingen mit seinem Gewerbesteuer-Hebesatz noch im unteren Bereich, obwohl die städtischen Infrastrukturleistungen sehr hoch sind.</p> <p>FDP: -1.100.000 Euro. Verzicht auf die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes. Eine weitere Erhöhung der Gewerbesteuer wäre in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage ebenfalls eher kontraproduktiv. Selbstverständlich gibt es Unternehmen, für die eine Erhöhung um 10 Prozentpunkte keine entscheidende Rolle spielte; bei der Standortwahl spielt der Gewerbesteuerhebesatz aber sehr wohl eine Rolle, und bei all den Unternehmen, bei denen die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer angerechnet wird, spielt der Hebesatz 380 eine wesentliche Rolle.</p> <p>Es erscheint deshalb gerade auch unter ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten sinnvoller, die Hebesätze der Grund- wie der Gewerbesteuer nicht zu verändern und die dafür eingeplanten 4,2 Mio. Euro (3,1 Mio. Grund- und 1,1 Mio. Gewerbesteuer) ins Minus laufen zu lassen.</p> <p>Hält der Oberbürgermeister dies für rechtlich unzulässig, könnte er einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss widersprechen, was eine rechtliche Klärung durch das Regierungspräsidium ermöglichen würde. Wir raten sehr dazu, diesen Weg einzukalkulieren; denn es ist nicht zu erkennen, warum den Kommunen - trotz eines unterschiedlichen Rechtsrahmens - in der Pandemie verboten sein sollte, was Bund und Land mit Berufung auf die Ausnahmeregelung der Schuldenbremse zweifellos erlaubt ist.</p> <p>Hinweis der Verwaltung:</p> <p>SPD: Die Gewerbesteuerumlage ändert sich von 3.868.430 Euro auf 3.960.526 Euro</p> <p>Tübinger Liste, CDU und FDP: Die Gewerbesteuerumlage ändert sich von 3.868.430 Euro auf 3.776.320 Euro.</p> <p>Fraktion: Die Gewerbesteuer ist bereits mit 390% gerechnet und im Haushaltsentwurf 2021 veranschlagt.</p>	<p>SPD-Antrag auf zusätzl. Erhöhung um 1 Mio. Euro wird zurück gezogen,</p> <p>übrige Anträge obsolet</p>	-
24	198	THH2	6120	18	-2.582.780		+20.000		+1.000.000	-1.000.000				<p>SPD: Aus Deckungsreserve Klimaschutz 20.000 Euro für Projekte zur Förderung der Biodiversität (Höchstauszahlung pro Projekt 5.000 Euro).</p> <p>CDU: Wir bitten die Verwaltung einen Vorschlag zu erarbeiten, mit dem im Ergebnishaushalt 2021 Mittel in Höhe von 1,0 Mio. Euro eingespart werden können.</p> <p>Linke: Die zusätzlich eine Million Euro globale Minderausgaben (nach Rasenmäherprinzip) oben drauf auf die 4.500.000 Euro „KDP“ lehnen wir ab. Auch hier befürchten wir Einsparungen zu Lasten der Beschäftigten und versteckte Finanzierungsreserven für die zukünftigen KI-Subventionen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung:</p> <p>SPD: siehe Zeile 20.</p> <p>CDU: Nach § 24 Abs. 1 Satz 2 GemHVO darf der globale Minderaufwand maximal 1% der Summe der ordentlichen Aufwendungen betragen. Dieser Betrag wurde bereits erreicht. Weitere Einsparungen müssen konkret beziffert und beim entsprechenden Produkt veranschlagt werden. Hieraus ergeben sich in der Folge zwangsläufig Leistungseinschränkungen.</p>	Erhöhung des Globalen Minderaufwands aus rechtlichen Gründen nicht möglich --> keine Zustimmung, Einsparungen ggf. mit dem KDP oder bei den Stellen	-
25	213	33	1222	14	-652.598	+0								<p>AL/Grüne: Verpflichtende Schulungen für Mitarbeitende im Bereich Diskriminierungssensibilisierung für den Bereich Ausländerwesen. 20.000 Euro aus dem Budget für Fortbildung. Oder kostenneutral von Landeszentrale für politische Bildung.</p> <p>Hinweis der Verwaltung:</p> <p>Gesamtbudget Fortbildungen liegt bei 31.000 Euro.</p>	mehrheitliche Zustimmung für 10.000 Euro mit Sperrvermerk, Aufhebung im VA	-10.000

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Gruene, SPD und Fraktion zum Ergebnishaushalt 2021																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan/Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR	Bemerkungen	Anmerkungen	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
26	226	10	5730	14	-164.650						-150.000			Fraktion: -150.000 Euro. Postpandemische Riesensause 202x. Großes Stadtfest für gastronomische Betriebe in Tübingen zur Feier des Endes der Pandemie, sowie als Starthilfe für die Kneipen. Ziel ist ein möglichst großer Getränkeumsatz und das Bewerben des ÖPNV um das Vertrauen der Menschen in die Busse wieder zu stärken. Optional mit Maskenball.	Ablehnung	-
27	236	43	2521	12	-420.456					-29.030				Linke: Wir fordern 1 VK für die Archivpädagogik. Das Tübinger Archiv braucht dringend diese Stelle. Das Archiv ist seit Jahren unterbesetzt. Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle in EG10. Hochgerechnet ab 01.07.2021. Folgekosten von 58.060 Euro.	Ablehnung	-
28	243	40	2710	17	-402.600		-15.600					-13.860		SPD: -15.600 Euro. Beibehaltung des Zuschussniveaus an die Volkshochschule von 2020. FDP: -13.860 Euro. Eine faire Behandlung der Institutionen, Vereine und Initiativen im Kulturbereich, insgesamt. Hinweis der Verwaltung: Die Aufteilung der im Antrag genannten Summe erfolgt nach den Verteilungssätzen gemäß des Antrags der FDP zum Nachtrag 2020 (13.860 + 19.140 Euro). Siehe auch Zeile 30.	--> Zustimmung zu 13.860 Euro, Auftrag an die Verwaltung --> Verstetigung des Zuschusses	-13.860
29	244	41	2720	12	-1.491.062					-28.400				Linke: Wir fordern 1 VK Medienpädagogik E9 in der Stadtbücherei. Auch mit dem Stellenzuwachs in der Vorlage 801/2019 von 2 VK sind einige Stellen nicht besetzt in der intensivsten genutzten Kultureinrichtung in Tübingen. In der Vorlage 41/2020 wird darauf deutlich hingewiesen. Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle in EG9. Hochgerechnet ab 01.07.2021. Folgekosten von 56.800 Euro.	Ablehnung	-
30	247	40	2810	17	-1.892.950		-40.000			-40.000	-10.000 -14.000 -960	-19.140		SPD: -40.000 Euro. Beibehaltung des Zuschussniveaus an Kulturvereinigungen von 2020 (20.000 Euro), Aufnahme von 20.000 Euro Zuschuss für PACT Linke: -40.000 Euro. Zuschuss für PACT e.V. PACT ist Kultur für ALLE in Stadtteilen und Flüchtlingsunterkünften! Ohne den städt. Zuschuss ist die bisherige ehrenamtliche Arbeit des Vereins nicht möglich. Das Festival im Oktober wäre gefährdet, da schon genehmigte Drittmittel des Landes nicht abgerufen werden können. FDP: -19.140 Euro. Eine faire Behandlung der Institutionen, Vereine und Initiativen im Kulturbereich, insgesamt. Fraktion: -10.000 Euro. Aufwendungen Festival de Cine Espanol. -14.000 Euro Aufwendungen Szenario e.V. Lagerraum Miete. Seminare und Workshops um das Thema Theater, Versicherungsschutz während Aufführungen und Proben. -960 Euro Aufwendungen Narrenzunft Pfrondorf e.V. Hinweis der Verwaltung: Zuschüsse: Fortschreibung Tarifsteigerungen, siehe Vorlage 907/2020, Anlage 1. Die Aufteilung der Summen erfolgt nach den dort genannten Verteilungssätzen. PACT: Die Verwaltung hat 8.000 Euro vorgesehen. Mit diesem für die Projektförderung hohen Zuschuss ist die Finanzierung des Festivals gesichert. FDP: Die Aufteilung der im Antrag genannten Summe erfolgt nach den Verteilungssätzen gemäß des Antrags der FDP zum Nachtrag 2020 (13.860 + 19.140 Euro). Siehe auch Zeile 28.	Kulturvereinigungen --> einstimmig für 20.000 Euro Verstetigung der Zuschüsse PACT + 12.000 Euro Sperrvermerk --> mehrheitliche Zustimmung, Aufhebung Sperrvermerk im KuBis Cine Espanol --> Ablehnung Szenario e.V. --> Ablehnung Narrenzunft Pfrondorf --> Ablehnung	-32.000
31	250	40	2910	17	0		-10.000		-25.000					SPD: -10.000 Euro. Beitrag Stadt Tübingen gemäss Antrag des Fördervereins für Jüdische Kultur vom 17.11.20. CDU: -25.000 Euro. Planungsrate für die Projektplanung der Sanierung des jüdischen Friedhofs in Wankheim. Unterstützung der Gemeinde Kusterdingen bei der organisatorischen und personellen Umsetzung des Sanierungsvorhabens. Hinweis der Verwaltung: Siehe Vorlage 295/2020. Zunächst muss eine Verfahrensklärung erfolgen. Notwendige Anteile an Renovierungskosten 2021 können aus dem Budget getragen werden.	Verbindliche Zusage der Stadt, dass das Projekt unterstützt wird; --> mehrheitliche Zustimmung für 10.000 Euro	-10.000
32	255	54	2110	14	-3.163.260					-7.500				Linke: Schulbudget erhöhen auf 7.500 Euro. Gleichbehandlung der Sekundarstufen I und II der allgemeinbildenden Gymnasien und der gymnasialen Oberstufe. Hinweis der Verwaltung: Siehe dazu Vorlagen 200, 200a und 200b/2019.	Ablehnung	-
33	255	54	2110	17	-548.012					Betrag nicht beziffert				Linke: Essensversorgung an Tübinger Schulen und Kitas. Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Siehe Antrag auf Schaffung eines städtischen Eigenbetriebs Küche mit dem Auftrag der Versorgung der Tübinger Schulen und evtl. Kitas; Vorlage 559/2021- wurde in die Haushaltsverhandlungen verwiesen. Hinweis der Verwaltung: Vorlagen 559/2020 und 559a/2020.	Ablehnung	-
34	269	54	2140	17	-478.744					-182.000				Linke: Schülerbeförderung: weitere Absenkung von 22 Euro auf 20 Euro. Schülerbeförderung muss grundsätzlich kostenfrei werden, sie ist Bestandteil der Lernmittelfreiheit. Hinweis der Verwaltung: Berechnung des Betrages von 182.000 Euro durch die Verwaltung.	Prüfung einer Absenkung der Schülertickets auf Semesterticketniveau In Zusammenhang mit ÖPNV, vgl. Zeile 55	-

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Gruene, SPD und Fraktion zum Ergebnishaushalt 2021																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan/Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR	Bemerkungen	Anmerkungen	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
35	272	52	3620	12	-2.346.431	+11.475	0,65 AK			-14.800 0,65 AK				AL/Grüne: +11.475 Euro. Streichung (CTC) communities that care für 2021; und für 2022 weitere 22.050 Euro streichen. SPD: Ludomobil. Der Nachweis der Bedeutung dieses offenen Angebotes ist erbracht. Absicherung des Angebots und dauerhafte Perspektive für Stelleninhaber:in. Tübinger Liste: -0,5 AK Projektleitung CTC (communities that care). Stellungnahme im KuBis bereits erfolgt. Linke: -14.800 Euro. + 0,5 AK für Kinder- und Jugendbeteiligung. Derzeit gibt es eine 0,5 Stelle für den Jugendgemeinderat, diese reicht nicht aus. Kinder u. Jugendliche sollen vermehrt an Stadtplanung beteiligt werden, das ist ohne eine Stellenerweiterung nicht machbar. LUDOMOBIL: dringend eine Entfristung des Vertrags der mit 0,65 AK Beschäftigten in der mobilen Jugendarbeit. Die Vorstellung der Arbeit im Kultur-Bildungs- und Sozialausschuss am 25.2. hat wieder überzeugt, dass diese Arbeit dringend notwendig ist. Für eine niederschwellige, mobile und barrierefreie Integrationsarbeit für Kinder und Jugendliche. Hinweis der Verwaltung: Finanzierung CTC bis 07/22 ermöglicht die Entwicklung/Implementierung der Präventionsangebote in WHO/Wanne, anschl. Übertragung auf andere Sozialräume. Bei Abbruch der Finanzierung zu 10/21 ist der gesamte Entwicklungsprozess mit Kosten in Höhe von bisher 120.000 Euro komplett verloren (Vorlage 6/21).	CTC: mehrheitlich gegen eine Streichung--> bleibt drin Ludomobil: mehrheitlich für Entfristung der Stelle Kinder- und Jugendbeteiligung +0,5 AK: Ablehnung	-
36	272	52	3620	14	-202.330						-15.000			Fraktion: Aufwendungen für die Errichtung von legalen Graffitiwänden - In der Stadt Tübingen sind derzeit vier legale Graffitiwände vorhanden. Leider zeigte sich in den letzten Monaten, dass diese Flächen nicht ausreichen.	Ablehnung	-
37	272	54	3620	17	-831.983		-22.200	-45.000		-45.000 Betrag Schulsozialarbeit nicht beziffert	-45.000	-45.000	-45.000	SPD: -22.200 Euro. Berghof: Finanzierung von FÖJ-Stelle und Sachaufwand (Miete, Material, Geräte, ...). Tübinger Liste: -45.000 Euro. Die Ausgestaltung des Berghof-Projekts sollte so erfolgen, dass eine Mitfinanzierung durch den Landkreis als Jugendhilfeträger möglich ist. Eine Erhöhung des Zuschusses zur Kompensation künftig eventuell wegfallender Leistungen Dritter kann ausdrücklich nicht in Aussicht gestellt werden. Linke: -45.000 Euro. Für das Projekt Berghof. Der Berghof ist als Lernort ein wichtiges pädagogisches und ökologisches Angebot für Kinder, Jugendliche, insbesondere in schwierigen Lebenssituationen. Durch die Vernetzung mit schulischen Angeboten werden viele Kinder und Jugendliche erreicht. Wichtiger Bildungsbeitrag zum Klimaschutz, der die Bedeutung von nachhaltiger Landwirtschaft praktisch näherbringt. +1 AK. Schulsozialarbeit aufstocken. 1 VK auf 500 Schüler:innen um auch „zugehende bzw. aufsuchende“ Sozialarbeit zu ermöglichen. Insbesondere unter Pandemiebedingungen ist diese Arbeit bei 1 VK auf 750 Schüler:innen nicht zu schaffen. Fraktion: -45.000 Euro. Aufwendungen kit-jugendhilfe. Förderung Berghof. FDP: -45.000 Euro. Berghof-Projekt der Kit-Jugendhilfe. Die Ausgestaltung des Berghof-Projekts hat so zu erfolgen, dass eine Mitfinanzierung durch den Landkreis als Jugendhilfeträger möglich ist. Eine Erhöhung des Zuschusses zur Kompensation künftig eventuell wegfallender Leistungen Dritter kann ausdrücklich nicht in Aussicht gestellt werden. JGR: -45.000 Euro. Der Jugendgemeinderat beantragt, bereits im kommenden Haushaltsjahr dem Zuschussantrag der kit jugendhilfe (vormals Martin-Bonhoeffer-Häuser) auf Förderung des Projekts „Lernort Berghof“ stattzugeben, zu finden in der Anlage 3 der Vorlage 804/2020 auf Seite 189, und die dafür benötigten 45.000 Euro im Haushalt bereitzustellen (Produktgruppe 3620 – Allgemeine Förderung junger Menschen). Zur Begründung sei auf die Stellungnahme des Jugendgemeinderats vom 27. Januar 2021 verwiesen. Hinweis der Verwaltung: Linke +1AK Schulsozialarbeit: Nur relevant für Gymnasien, da GMS aktuell 1:500 und GS besser.	Berghof mehrheitlich ja, keine Übernahme evtl. ausfallender anderer Fördermittelgeber. --> mehrheitliche Zustimmung zum Projekt Berghof Betrag 35.000 Euro Stelle Schulsozialarbeit --> Ablehnung	-35.000
38	275	53	3650	5	3.683.860					Betrag nicht beziffert				Linke: Kitgebühren U3 und Ü3 senken – Kommunales Übergangsmodell umsetzen. Übergangsmodell mit Einstieg von 25 Stunden pro Kind und Monat frei für Eltern bis Einkommen von 30.000 Euro. Der GR-Beschluss im Haushalt 2019 war eine Absichtserklärung für die Jahre 2020/2021: 500.000 Euro mit Sperrvermerk für städtische Kitas und freie Träger für Gebührenermäßigung und zugleich Qualitätsverbesserung und Personalgewinnung. Der GR-Beschluss wurde nicht umgesetzt. Die Verwaltung sollte einen Vorschlag zum Einstieg in gebührenfreie Kitas machen, wie im Juli 2020 beschlossen.	Ablehnung	-

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Gruene, SPD und Fraktion zum Ergebnishaushalt 2021																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan/Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR	Bemerkungen	Anmerkungen	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
39	275	53	3650	12	-30.410.574					-675.000 -23.100				<p>Linke: Die Verfügungszeiten wieder auf 9 Stunden erhöhen, entsprechend 2009 vor der Kürzung. Für das Ausbildungsjahr 21/22 weitere 3 praxisinterne Auszubildende (PIA's). Das sind dann insgesamt 20 Plätze wie im Vorjahr lt. Städt. HH-Vorlage. Situation in Kitas sichern und verbessern.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Berechnung PIA's auf Basis der Durchschnittswerte 2021. 7 zusätzliche PIA-Stellen hat die Verwaltung bereits zum Haushalt 2021 beantragt, weitere 3 PIA-Stellen wären wegen mangelnder Anleitungsressourcen nicht umsetzbar.</p> <p>Verfügungszeiten städtische Kitas: Erhöhung Verfügungszeit verursacht Kosten in Höhe von ca. 1,35 Mio. Euro. Zudem wären aufgrund des Fachkräftemangels starke Einschränkungen der Öffnungszeiten die Folge. Betrag (1,35 Mio. Euro) hälftig beim Personalaufwand und bei den Transferaufwendungen angesetzt (Siehe Zeile 40) .</p>	Ablehnung	-
40	275	53	3650	17	-21.688.043					-560.000 -675.000				<p>Linke: Übernahme der fehlenden Betriebskosten von 5 % bei den kleinen freien Trägern im Bereich der Kindertagesstätten (d.h. Betriebskosten von 95 auf 100%). Miete und Nebenkosten betragen 100 %, da kann nicht eingespart werden. Die Vorstände arbeiten bereits im unbezahlten Ehrenamt. Evtl. sind Zwischenschritte machbar.</p> <p>Die Verfügungszeiten wieder auf 9 Stunden erhöhen, entsprechend 2009 vor der Kürzung.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Betriebskosten: Übernahme des Ansatzes aus dem Vorjahr.</p> <p>Verfügungszeiten städtische Kitas: Erhöhung Verfügungszeit verursacht Kosten in Höhe von ca. 1,35 Mio Euro. Zudem wären aufgrund des Fachkräftemangels starke Einschränkungen der Öffnungszeiten die Folge. Betrag (1,35 Mio. Euro) hälftig beim Personalaufwand und bei den Transferaufwendungen angesetzt (Siehe Zeile 39).</p>	Ablehnung	-
41	300	501	3160	17	-1.150.560						-5.000			<p>Fraktion: -5.000 Euro. Aufwendungen bwlw Drogenhilfe Kontaktladen. Erhöhung Personalkosten, Erhöhung Sachmittel, gestiegene Nutzungszahlen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Der Zuschuss wurde für 2021 bereits für diese Zwecke um 8.560 Euro erhöht, siehe Zuschussvorlage 804/2020.</p>	--> mehrheitliche Zustimmung für 5.000 Euro	-5.000
42	303	503	318010	17	-105.379	-10.000	-20.000							<p>AL/Grüne: -10.000 Euro. Erhöhung des Ausbildungsstipendiums.</p> <p>SPD: -20.000 Euro. Aufstockung des Betrags für Ausbildungsstipendien Geflüchteter von 100.000 Euro auf 120.000 Euro.</p>	--> mehrheitliche Zustimmung + 20.000 Euro	-20.000
43	304	501	3680	18	-1.300					-200				<p>Linke: -200 Euro. Beitritt dem Netzwerk gesunde Städte. Gesundheit als Querschnittsaufgabe in der Kommune ist wichtige Ergänzung zum Projekt WHO Soziale Stadt und unserer Stadtteilzentren. In Tübingen gibt es seit Jahren verschiedene Akteure z.B. AK Gesundheits und soziale Stadt, Unabhängige Patientenberatung.</p>	--> Zustimmung	-200
44	328	021	522001	12	-192.359					Betrag nicht beziffert				<p>Linke: Eine VK Mietwucherverhinderungscoach bei den Wohnungsbeauftragten aufstocken. Aufgabe: die rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen um Mieter:innen und Gewerbetreibende in der Stadt vor zu hohen Mieten zu schützen. Diese VK soll dazu beitragen, den Anteil von Sozialwohnungen und gemeinwohlorientierten Wohnprojekten in der Stadt mit voranzutreiben, entsprechend dem Programm Fairer Wohnen!</p>	Ablehnung	-
45	338	71	5110-7	17	-91.300						+35.500			<p>Fraktion: +35.000 Euro. Ertrag durch Einstellung der Entfernung von Graffiti auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt. - Die Stadt Wien hat Graffiti auch bereits offiziell als „Ausdrucksform der Jugendkultur“ und „Kunst“ anerkannt. Auch die Stadt Helsinki hat Ende 2008 nach jahrelanger Nulltoleranzstrategie offiziell erklärt, Graffiti sei „Teil der Stadtkultur“. Potsdam ließ kurze Zeit später Ähnliches verlauten. Graffiti gelten meist unter den Anhängern der Kultur als ein zentrales Ausdrucksmittel urbanen Lebensgefühls und finden speziell unter Jugendlichen häufig Anerkennung. Außerdem ist das Entfernen vom Graffiti teuer und umweltschädlich.</p>	Ablehnung	-
46	338	74	5110-7	12	-2.498.870						-120.000			<p>Fraktion: +2 AK. Zwei neue Radverkehrsbeauftragte. Stärkung des Radverkehrs in Tübingen, Steigerung des Bekanntheitsgrades des Fahrrades und auch Vergrößerung des Fachwissens über das Thema Fahrrad in Stadtverwaltung und Bevölkerung. Wir schlagen vor gleich ein Tandem zu besetzen. Stelle(n) werden vom ADFC auch seit Jahren immer wieder gefordert.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Berechnung der Personalaufwendungen auf Basis der Durchschnittswerte 2021.</p>	Ablehnung	-
47	354	81/82	1124-8	2	0	+150.000								<p>AL/Grüne: +300.000 Euro. Siehe energetische Sanierungsmaßnahmen, Zuschüsse aus EU- und / oder Bundesmitteln fließen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Siehe Zeile 49. Nach Rücksprache mit der Fraktion AL/Grüne geht der Antrag von einer Bezuschussung von 50% aus. Daher Reduzierung auf 150.000 Euro.</p>	Berücksichtigung im Investitionsprogramm, vgl. Beschrieb Zeile 49	-
48	354	81/82	1124-8	6	1.588.410	-9.600								<p>AL/Grüne: -9.600 Euro. Förderung von Carsharing Angeboten. Erlass der Stellplatzmiete an TeilAuto. 20 Stellplätze à 40 Euro/Monat.</p>	--> mehrheitliche Zustimmung	-9.600

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Gruene, SPD und Fraktion zum Ergebnishaushalt 2021																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR	Bemerkungen	Anmerkungen	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
49	354	81	1124-8	14	-14.202.485	-300.000	+0			Betrag nicht bezieht	-4.000.000			<p>AL/Grüne: -300.000 Euro. Zweckgebundene Mittel zur Umsetzung energetischer Sanierungsmaßnahmen, z.B. Fenster, Dachsanierung und PV, Heizungstausch, 300.000 Euro Zuschuss könnten auch aus EU- und/oder Bundesmitteln fließen.</p> <p>Folgende Bundesmittel:</p> <p>im Rahmen der "Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG)" werden die Förderungen für Nichtwohngebäude ab 1.7.21 stark aufgestockt (Neubau von derzeit 50 auf 450 Euro/m², Gebäudesanierung von derzeit max 275 auf 1.000 Euro/m² NGF, max 50% der Investitionskosten); zudem wird es Förderung für die Baubegleitung (Qualitätssicherung) von bis zu 50% geben. (www.kfw.de/beg). Für Einzelmaßnahmen gibt es seit 1.1.21 Förderung zwischen 20% und 50% der Investitionssumme. www.bafa.de/beg. Für die Energieberatung von Nichtwohngebäude gibt es Förderungen bis zu 8.000 Euro je Gebäude, max 80%. (www.bafa.de/ebn). Dazu kommen noch die Landesmittel aus dem Klimaschutz-Plus und weiteren Programmen. Im Rahmen der - vom BAFA geförderten - Energiekonzepte werden die Gebäude unter Einbeziehung der aktuellen Förderprogramme bilanziert, bewertet und Empfehlungen ausgesprochen. Von Projekt zu Projekt kann dies sehr unterschiedlich sein.</p> <p>SPD: Aus "Sammelnachweis" für Unterhaltungsmaßnahmen. Sanierung der Fenster und Beseitigung weiterer dringender Mängel Mehrzweckhalle Unterjesingen.</p> <p>Linke: Lüftungssituation unter Pandemiebedingungen in Schulen und Kitas verbessern. Siehe unser Antrag (Vorlagen-Nr. 509/2021) vom 25.2.21 auf Luftreinigungsfilter, die virenhaltige Aerosole aus der Luft filtern können in Kindertagesstätten und in den Klassenzimmern.</p> <p>Fraktion: -4.000.000 Euro. Gebäudeunterhaltung und Sanierungsmaßnahmen. Das Budget soll erhöht werden, damit die im Rahmen des KSP erforderlichen Sanierungen durchgeführt werden können.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Erträge siehe Zeile 47. 50% Zuschuss.</p>	<p>Energetische Sanierungsmaßnahmen: Berücksichtigung von 400.000 Euro im Investitionsprogramm (vgl. Anlage 2) mit Refinanzierung durch Zuschüsse in Höhe von 200.000 Euro, zusätzliche Netto-Belastung somit insgesamt 200.000 Euro.</p> <p>Mehrzweckhalle Unterjesingen: Unterhaltungsmaßnahmen werden aus Mitteln der Gebäudeunterhaltung finanziert (vgl. Anl. 2, Zeile 28, Hinweis der Verwaltung)</p> <p>Lüftungssituation: obsolet</p> <p>zusätzlich 4 Mio. Gebäudeunterhaltung: Antrag wird zurück gezogen</p>	
50	354	82	1124-8	14	-14.202.485		+100.000			Betrag nicht bezieht	-300.000			<p>SPD: +50.000 Euro. Reduktion der Mehrkosten durch Corona-bedingte Eigenreinigung auf 50 % (Lockdown, Intervalle verlängern).</p> <p>+100.000 Euro Reduktion der Mehrkosten durch Corona-bedingte Fremdreinigung auf 50 % (Lockdown, Intervalle verlängern).</p> <p>Linke: Beim städtischen Reinigungsbereich sollen alle Beschäftigten nach städtischem Tarif eingestellt und bezahlt werden. Begründung: Der mehrheitlich gefasste Gemeinderatsbeschluss von 2009, dass lediglich 50% der anfallenden Reinigungstätigkeiten in Kitas, Schulen nach öffentlichem Tarifvertrag bezahlt wird, ist nicht weiter hinnehmbar.</p> <p>Fraktion: Abbau der Kapazitäten externer Reinigungsfirmen bei gleichzeitiger Neueinstellung neuer Reinigungskräfte.</p> <p>Wir fordern 10 neue Stellen.</p>	<p>Eigenreinigung Reduktion des Ansatzes um 50.000 Euro</p> <p>Fremdreinigung Reduktion des Ansatzes um 100.000 Euro</p> <p>Reinigungskräfte --> Ablehnung</p>	150.000
51	354	81/82	1124-8	12	-6.049.945		+50.000			Betrag nicht bezieht	+300.000					
52	369	91	5410	14	-3.659.595	-10.000								<p>AL/Grüne: -10.000 Euro. Markierung für Fahrradwege Weilheim, Kilchberg, Bühl.</p>	Zustimmung	-10.000
53	387	91	5450	14	-386.250						+20.000			<p>Fraktion: +20.000 Euro. Ertrag durch Einstellung der Entfernung von Graffiti auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt. Die Stadt Wien hat Graffiti auch bereits offiziell als „Ausdrucksform der Jugendkultur“ und „Kunst“ anerkannt. Auch die Stadt Helsinki hat Ende 2008 nach jahrelanger Nulltoleranzstrategie offiziell erklärt, Graffiti sei „Teil der Stadtkultur“. Potsdam ließ kurze Zeit später Ähnliches verlauten. Graffiti gelten meist unter den Anhängern der Kultur als ein zentrales Ausdrucksmittel urbanen Lebensgefühls und finden speziell unter Jugendlichen häufig Anerkennung. Außerdem ist das Entfernen vom Graffiti teuer und umweltschädlich.</p>	Ablehnung	

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Gruene, SPD und Fraktion zum Ergebnishaushalt 2021																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan/Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR	Bemerkungen	Anmerkungen	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
54	388	33	5460-9	5	4.000.000				-500.000					CDU: -500.000 Euro. Die CDU spricht sich gegen eine Erhöhung der Gebühren für die Bewohnerparkausweise aus, um sowohl in den Wohngebieten Familien nicht stärker zu belasten, als auch das notwendige Parken für Mitarbeitende der Kliniken und anderer Betriebe nicht noch zusätzlich zu verteuern.	--> obsolet	-
55	390	91	5470-9	17	-461.378		-200.000	+267.800		Betrag nicht beziffert	-1.100.000		-51.500	<p>SPD: -200.000 Euro. Realisierung 365 - Euro-Ticket: ab 12/21 (Fahrplanwechsel) Bezuschussung der ÖPNV-Preise beim TüBus: Absenken der Preise für Abos um ca. 30 % (damit Standard-Abo-Monatskarte bei 30 Euro) und der Tageskarten auf 3,00 Euro (Erwachsener), 2,00 Euro (Kind) und 8 Euro (Gruppe); außerdem Verbesserung des Angebots durch bessere Taktung. Ausarbeitung durch TüBus. Jahreskosten für Preissenkung ca. 1,2 Mill., Jahresaufwand für Angebotsverbesserung ca. 1,2 Millionen -> Aufwand für 2021 (ab 1.12.): ca. 200.000 Euro.</p> <p>Tübinger Liste: +267.800 Euro. Einstellung des ticketlosen Samstagsbus: Die seinerzeitige Begründung, damit die Ausfälle durch die Sperrung des Parkhauses Mitte beheben zu wollen, ist entfallen. Wie damals bereits abzusehen, traut sich jetzt niemand, diese Annehmlichkeit zu streichen. Die Maßnahme wird letztlich von den Dauerkarten-Abonent_innen virtuell mitbezahlt, sie leistet keinen erkennbaren Beitrag zur stärkeren Akzeptanz des ÖPNV und liefert drittens auch keine verwertbaren Erkenntnisse für Fragen nach der Sinnhaftigkeit und Wirkung des kostenlosen ÖPNV. Sie wird aus unserer Sicht als rein "politischer Platzhalter" für die Forderung nach kostenfreiem ÖPNV genutzt und es wird fälschlich so getan, als habe man damit den Einstieg in ihn bereits geschafft. Das Geld wird viertens ohne vernünftige soziale Wirkung überwiegend an Menschen verschenkt, die sich das Ticket ohne jeden Zweifel leisten könnten.</p> <p>Linke: Auf allen Buslinien mindestens einen 30-Minuten-Takt, auch abends und am Wochenende. Begründung: Bei den Linien 11 und 12, die aktuell auch Montag bis Freitag tagsüber nur einmal in der Stunde fahren, wäre ein 30-Minuten-Takt eine sehr gute Verbesserung. Auf Linien die aktuell im 30-Minuten-Takt fahren wäre zum Beispiel auch ein 20-Minuten-Takt eine mögliche Verbesserung ohne das Angebot gleich zu verdoppeln. Das würde die mögliche Einführung von 15-Minuten-Takten beinhalten, aber nicht für alle Linien vorschreiben.</p> <p>Fraktion: -1.100.000 Euro. 365-Ticket für den Tübinger Stadtbuss (365 Euro pro Jahr). AL/Grüne haben diesen Antrag im letzten Haushalt gestellt, wir wiederholen ihn, da er wegen des Klimas und des sozialen Gefüges in der Stadt dringend notwendig ist.</p> <p>Der Antrag muss so umgesetzt werden, dass den Stadtwerken der Fehlbetrag erstattet wird. Unter 18-jährige zahlen die Hälfte und es wird auch für Monatssticketinhaber günstiger.</p> <p>JGR: Die Stadtwerke Tübingen GmbH bzw. die TüBus GmbH möge durch den Tübinger Gemeinderat in Form einer projektbezogenen Subvention beauftragt werden, fünf TüBusse über einen Zeitraum von fünf Jahren mit kostenfreiem WLAN auszustatten. Die Einwahl in das WLAN-Netzwerk sollte dabei möglichst einfach und barrierefrei gestaltet sein.</p> <p>Für dieses Vorhaben fordert der JGR finanzielle Mittel in Höhe von 51.500 Euro bereitzustellen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Die Einnahmeausfälle basieren auf dem Tarifstand 2019. Dabei sind die Absenkung des Tagestickets, sowie die Preissenkungen bei den Schülertickets und Abo's nicht berücksichtigt. Ein Tarifwechsel wäre zum 01.01.2022 möglich.</p> <p>Behandlung des Antrags 542/2018 erfolgte am 13.07.2020 im Aufsichtsrat der TüBus.</p> <p>Durch den ticketlosen Samstagsbus steigerten sich die Fahrgastzahlen bereits im ersten Jahr nach der Einführung um 30%.</p> <p>JGR: Kosten pro Jahr 16.000 Euro für fünf Busse, in fünf Jahren 80.000 Euro. Aktuell Wettbewerbsbeitrag auf Bundesfördermittel in Erstellung (siehe 61/2021), deshalb kein Mittelansatz.</p>	<p>Mit Fahrplanwechsel 12/21 deutliche Verbesserung des Angebots bspw. durch Ausdehnung des Grundtakts im ÖPNV (30-, 15- und 10-min-Takt) in den Abendstunden werktags und am Samstag und die Beseitigung der letzten Lücken im 30-min-Takt (Budgetrahmen 1,2 Millionen aufs Jahr)</p> <p>Bei der nächsten Tarifänderung spätestens zum 01.01.22 Einführung eines 365-Euro-Tickets als Regelangebot mit darauf abgestimmten und untereinander harmonisierten Vergünstigungen für Menschen mit BonusCard, Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie für Jobtickets der verschiedenen Arbeitgeber.</p> <p>Kein Kunde darf schlechter gestellt werden. Prüfung einer Absenkung der Schülertickets auf Semesterticketniveau (Budgetrahmen für Tarifänderungen insgesamt 1,2 Millionen aufs Jahr)</p> <p>Auftrag an die Verwaltung: Bericht über Möglichkeiten der Nahverkehrsabgabe, Bericht über die Erfolgsaussichten des Bundesantrags, Berichte bis zur Sommerpause</p> <p>--> mehrheitlich für Einstellung von 200.000 Euro</p> <p>--> JGR 32.300 Euro für freies WLAN in 5 Bussen --> Mehrheitliche Zustimmung</p>	-232.300
KST											-10.000			<p>Fraktion: -10.000 Euro Blumenschmuck Neckarbrücke. Der aktuelle Blumenschmuck der Neckarbrücke ist größtenteils aus Pflanzen zusammengesetzt, die weder heimisch sind, noch besonders attraktiv für Wildbienen sind. Als Beitrag zum Artenschutz sollte hier auf heimische, für die Artenvielfalt wertvollere Pflanzen gewechselt werden.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Die Pflanzen für den Blumenschmuck 2021 sind bereits vorkultiviert / produziert. Somit sind keine Änderungen mehr möglich. Konsequenterweise müsste dann der gesamte Blumenschmuck im Stadtgebiet, einschließlich der Ortschaften, geändert werden.</p>	<p>Konsens --> interfraktionellen Antrag stellen, dass der Blumenschmuck umgestellt wird. Keine monetäre Auswirkung im städtischen HH</p>	-

Summe Veränderungen	-	451.460
Bisher veranschlagtes ordentliches Ergebnis	-	17.071.596
Neues ordentliches Ergebnis	-	17.523.056

Summe Veränderungen		150.000
Bisher veranschlagtes außerordentliches Ergebnis	-	1.065.330
Neues außerordentliches Ergebnis	-	915.330